



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Die preussische Wahlrechtsbewegung. — Aus dem Leipziger Gau. — Wirtschaftliche Rundschau. — Korrespondenzen (Gießen, Magdeburg, Zittau). — Versammlungskalender. — Literatur. — Anzeigen. — Abrechnung über Einnahmen und Ausgaben der Bahfstellen für das 3. Quartal 1908. — Beilage: Aus Vera. — Ein sozialistisches Gesetzbuch. — Korrespondenzen (Mittenburg, Kaufbeuren). — Rundschau.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Das frühere Mitglied Hermann Wood, geboren am 16. Januar 1861 zu Wilsnack, welches vor Jahren auf Grund des Statuts § 5 Abs. b aus dem Verband ausgeschlossen wurde, hat sich in viel neu als Mitglied einschreiben lassen und versucht nun unter Vorlegung seines Mitgliedsbuches, in dem 11 Beiträge quittiert sind, Unterstützung zu erlangen, außerdem spekuliert er auf die Gutmütigkeit der Kollegen in den einzelnen Druckereien. Wir haben uns veranlaßt gesehen, das Mitgliedsbuch einzuziehen und eruchen unsere Verwaltungen, den Wood bei event. Neu-meldung zur Mitgliedschaft abzuweisen.

Der Verbands-Vorstand.

Die preussische Wahlrechtsbewegung

wird in der nächsten Zeit wieder lebhaftere Gestalt annehmen. Im preussischen Abgeordnetenhaus sollen die Wahlrechtsanträge der Freisinnigen Ende nächster Woche zur Beratung kommen, wenn die reaktionären Parteien, die dank dem schmählichen Dreiklassenwahlrecht dort die Mehrheit haben, nicht in letzter Minute noch andere Dispositionen treffen und die Beratung dieser Wahlrechtsanträge wieder verschleppen. Die Vertretung der klassenbewußten Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus ist nur 7 Mann stark und kann nach der Geschäftsordnung dieses Hauses keine selbständigen Anträge stellen. Nach dem Sonntag in Berlin und Hannover-Bünden müssen die Junker und Bourgeois, die früher die preussische Landtagsfraktion für sich monopolisiert hatten, den Schrei der entrechteten Volksmassen auch in der preussischen Kammer anhören. Von 443 preussischen Landtagsmandaten konnte die größte politische Partei Preußens, die Sozialdemokratie, freilich nur 7 Mandate erobern. Das ist der beste Beweis für die himmelstreichende Ungerechtigkeit dieser Karrikatur eines Wahlrechts.

Nun hat die Thronrede eine organische Fortentwicklung des bestehenden preussischen Wahlrechts in Aussicht gestellt. Die regierende Bürokratie des preussischen Klassenstaates ist mit Erhebungen über die Wirkungen der verschiedenen Wahlsysteme beschäftigt, denen Erhebungen folgen sollen. Diese Erhebungen und Erhebungen werden unfaßt unterbrochen werden durch die Beratung der Wahlrechtsanträge im preussischen

Dreiklassenhaufe. Das preussische Volk, das in seiner Art 1909 den 60. Geburtstag der preussischen Dreiklassenwahlrecht feiern wird, protestiert gegen die organische Fortentwicklung des Dreiklassenwahlrechts und fordert gebieterisch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen.

Welche Bedeutung der preussische Landtag gerade für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen hat, haben wir in unserem Blatte im Mai v. J. während der preussischen Landtagswahlbewegung eingehend auseinandergesetzt. Die seither verfloßenen Monate haben uns nur zu recht gegeben. Wir brauchen nur an die grausige Grubenkatastrophe auf Zeche Rabod zu erinnern!

Wenn die preussischen Arbeiter und Arbeiterinnen anlässlich der preussischen Wahlrechtsbewegung zu Massenprotesten aufgerufen werden, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in vollem Maße ihre Pflicht tun und den herrschenden Gewalten deutlich zu Gehör bringen, daß die Neben-der preussischen Arbeiterabgeordneten draußen ein millionenfaches Echo finden.

Aus dem Leipziger Gau.

Ein Musterbetrieb, wie er nicht sein soll, ist die Waisenhausdruckerei in Halle a. S. Wenn aber die daselbst beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erst heute einige Proben den Lesern der „Soll“ zur gefälligen Beurteilung unterbreiten, dann soll dies gleichzeitig ein Zeichen sein, daß die Grenze des Erträglichsten erreicht oder gar schon überschritten ist. Der nächstliegende äußere Anlaß, welcher die uns noch fernstehenden Anlegerinnen zu Paaren in die Hilfsarbeiterorganisation trieb, war eine unbegreifliche und noch nicht vorgekommene Anordnung der dortigen Betriebsleitung:

Sämtliche Anlegerinnen sind seit Ende vorigen Jahres verpflichtet, über jede geleistete Ueberarbeit, auch wenn diese nur kurze Zeit dauert, die hierzu vorgebrachten Kommissions- oder Kontrollzettel über genaue Bezeichnung der verschiedenen Arbeitsleistungen auszufüllen, das heißt, nur bei den Ueberstunden.

Diese neueste Maßnahme muß unwillkürlich den Anschein erwecken, als ob die Prosperität der Waisenhausdruckerei von dem Ertrag der Ueberstundenleistung im Maschinenaal abhängt. Andererseits könnte man auch dem Verdacht Raum gewähren, die Maschinenmädchen drängten sich ohne jede Anforderung zu den zahlreichen Ueberstunden! Eine solche Unterstellung weisen die Betroffenen aber entschieden von sich. Im Gegenteil, die unter der Last der andauernden Ueberstunden leidenden Kolleginnen erklärten, daß es ihnen seit Anfang Oktober mit Ausnahme des Sonnabends niemals gefaßt war, zur geschäftsordnungsmäßigen Arbeitszeit den Betrieb zu verlassen, sodas sich einige Breinzelte gegen Wissen und Willen der Vorgesetzten an einem Abend die Freiheit geraubt haben.

Die durchschnittliche Arbeitszeit wird in den letzten vier Monaten wöchentlich auf 65—70 Stunden für Anlegerinnen berechnet, die der Maschinenmeister soll noch höher sein, und dabei bedienen 7 Maschinenmeister 12 Schnellpressen und einige Tiegelpressen. Von den 12 Schnellpressen sind drei mit Anlegeapparat versehen und zwei sogar Doppelmaschinen.

Einen Hilfsarbeiter bei 12 Schnellpressen gibt es nicht; soweit diese Funktion von den Kolleginnen nicht ausgeübt werden kann, schwingen sich die Maschinenmeister dazu auf.

Zum Papieraufsetzen werden die Anlegerinnen verwendet und wer als solche „ein Ries nicht ausschwingen kann, erweist ihre „Unfähigkeit“.

Eine Tiegelanlegerin über 16 Jahre muß in diesem „modernen“ Mutterbetrieb ihre Presse selbst treten und bezieht in einer Woche für die Tagelohnung von 4—5000 Tage und schreibe 6 Mk. als „Lohn“! Die Ueberstunden für Anlegerinnen werden durchgehend mit 20 Pf. entlohnt, männliche mit 35—40 Pf. pro Stunde.

Die Forderung des Hilfspersonals nach geschäftsordnungsmäßiger 9-stündiger Arbeitszeit kann nicht erfüllt werden, „da die Maschinenmeister in wohlwollender, anerkennenswerter Weise sich gern zu Ueberstunden bereit erklärt haben“.

Eine gesetzliche Grenze der Arbeitszeit für Arbeiterinnen war bei der gealterten Waisenhausdruckereileitung böhmische Dörfer; man ordnete einfach an, die Arbeitszeit beginnt morgen anstatt früh 7 Uhr um 7½ Uhr und endet abends 10 Uhr. In derselben Weise sollte später Doppelschicht gearbeitet werden. Erst als die Kollegenschaft in einem Protestschreiben auf solche Ungeheuerlichkeiten hinwies, ließ man von diesem Plan ab. Wer sich bisher solchen ungeheuerlichen Verordnungen nicht fügte, war wegen Arbeitsverweigerung ohne Kündigung entlassen.

Die Beschwerden der Kolleginnen an der Doppelmaschine mit Anlegeapparat und Falzapparat wegen körperlicher Ueberanstrengung werden als Ueberarbeitung von der Geschäftsleitung abgelehnt. Dieselben haben fast am Fußboden die in Zeitungsformat gefalzten Bogen gerade zu stoßen, von beiden Seiten wegzufegen und dann zu Stößen zusammenzutragen und werden für ev. Makulaturbogen mit allerhand schönen zoologischen Namen betitelt.

Ein weiterer Hilfsarbeiter hat eine tägliche Arbeitszeit von 9—1½ Uhr, dazu immerwährenden Nachtdienst von 10—1½ Uhr und wird hierfür pro Stunde mit 35 Pf. extra belohnt. Der betreffende Kollege stand bei der zweiten Betriebsversammlung bei einzelnen Kollegen noch in dem beneidenswerten Ansehen, er käme nur als Berichterstatter der Firma und soll nun das erste Opfer der Bewegung in der Waisenhausdruckerei bringen. Derselbe Kollege ist unmittelbar nach unserer ersten Eingabe gekündigt worden aus Gründen, welche seit dem letzten Halbjahr mühsam zusammengetragen wurden.

Ob damit die zahlreichen Mißstände beseitigt werden, das glaube wer will. Einfichtige Betriebsleitungen waren meist bisher vorsichtiger und be-

schäftigten sich mit unseren Beschwerden, die Leitung der Weisenhausdruckerei hält in Halle zuvor Umfrage, ob denn wirklich die hier gekennzeichneten Mißstände verbesserungsbedürftig sind! Auf das sozialpolitische Verständnis der Halle'schen Druckerei kann man höchst gespannt sein. Wir erwarten natürlich in erster Linie die Anerkennung der Allgemeinen Bestimmungen. Könnten diese in allen Betrieben gemeinsam eingeführt werden, so wäre dies allerdings ein erster Schritt nach vorwärts.

Dies wird allerdings wiederum von dem Stand der Mitgliedschaft abhängen und da können wir hier aussprechen: die Leitung der Weisenhausdruckerei ist uns in der Agitation sehr behilflich, nichts kann unserem Bestreben nützlicher sein als das Anklamern und Festhalten an historischen Uebelständen aus vormärzlichen Zeiten. An die Gebel'schen der Halle'schen Kollegenschaft werden allerdings ganz bedeutende Anforderungen gestellt, was den einzelnen begreiflicher Weise schwer fällt; aber eine so große Anzahl schlimmer Zustände läßt sich nicht in einer Woche umkrempeln, noch unter dem erschwerenden Umstand, daß das Hilfspersonal mit seiner Forderung nach 9-stündiger Arbeitszeit allein steht.

Daher, Kolleginnen und Kollegen: **Haliet ans!** Wenn die nächsten Versammlungen von demselben Geist befeelt sind wie die vier Zusammenkünfte im Januar, dann werden wir die geschilderten Zustände in der tarifreuen Weisenhausdruckerei mit sehr beschränkter Haftung zu bessern imstande sein! Die Kollegenschaft Deutschlands steht hinter Euch! Sch.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Rückschlag zur Seeschifffahrt und Schiffsbau in England und Deutschland. — Aus- und Rückwanderung. — Außenhandel.

Seeschifffahrt und Schiffsbau sind zwei internationale Unternehmungsgebiete, die mit am stärksten unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Rückschlag leiden.

Für England, das hier noch immer alle anderen Staaten weit überflügelt, liegen soeben die Jahresübersichten von John White, von S. E. Mosz u. Co. und einige andere, mehr statistische Berichte vor. „Die letzte Depression“, lesen wir in dem „Steamship Circular“ von Mosz u. Co., „übersteigt alles Gedachte; Dampfer, die kaum ein paar Jahre alt sind, wurden zu etwa der Hälfte ihres Ursprungswertes verkauft, während neue Schiffe nur mit beträchtlichem Verlust von ihren Eignern weiter veräußert werden können. Der Markt für schon in Dienst gewesene Fahrzeuge ist überfüllt und es finden sich nur wenige Abnehmer. Neue Dampfer von 6000 Tons totem Gewicht, die vor wenigen Jahren mit 48 000 bis 50 000 Pfund Sterling verkauft wurden, sind heute für 33 000 Pf. Sterling herzustellen und entsprechend die anderen Schiffstypen. Den Werften und Maschinenbauanstalten fehlt es an Aufträgen; oft bieten sie den Bau neuer Tonnagen zu Preisen an, die hinter den tatsächlichen Kosten zurückbleiben, nur um ihre Betriebe in Gang zu erhalten. Die Preise für neue Dampfer standen niemals niedriger.“ Weiter wird jedoch darauf hingewiesen, daß gerade dadurch kapitalkräftig gebliebene Aheber, die jetzt zu abnorm niedrigen Kosten modernstes Schiffsmaterial zu erwerben imstande sind, später gegen alte und minder leistungsfähige Fahrzeuge einen umso gefährlicheren Wettbewerb eröffnen werden. Nach John White haben die britischen Werften seit 20 Jahren, mit einziger Ausnahme des Jahres 1893, keine so niedrige Bauziffer aufzuweisen. Schon 1907 war hier ein Rückgangsjahr, vor allem in der zweiten Hälfte. Aber Ende September 1908 waren im Vereinigten Königreich, von Kriegsschiffen abgesehen, vollends nur 319 Schiffe von etwa 733 000 Großtons im Werden, gegen 450 Schiffe mit 1 080 000 Tons zu derselben Zeit des Vorjahres — ferner Ende Dezember 1908 360 Schiffe mit 764 520 Tons gegenüber 433 Schiffen mit 948 830 Tons am 31. Dezember 1907.

Wenig lautet das Urteil der Hamburger Handelskammer über Deutschland. Durch das Stoden des internationalen Warenverkehrs hätten die Frachttarife „einen tiefsten Tiefstand“ erreicht und „ein erheblicher Teil der Tonnage keine Beschäftigung zu finden“ vermocht. Dabei seien die Wohlpreise auf Grund der bestehenden Lieferungsverträge noch immer fortgesetzt hoch geblieben. „Viele Aheber gingen unter diesen Umständen dazu über, Schiffe aufzuliegen, ohne daß indessen eine Steigerung der Frachten zu erzielen war. Die un-

günstige Lage, in welcher sich das Frachtengeschäft auf den meisten Routen infolge des starken Rückgangs des Warenverkehrs befand, lastete auch auf den Binnenbereichen schwer. Nur in den letzten Monaten des Jahres schienen, wenigstens im ausgedehnten Verkehr, die Verhältnisse sich wieder etwas bessern zu wollen, während heimkehrend die Schiffe meist noch ungenügend Beschäftigung fanden. Nicht minder unerfreulich als im Frachtverkehr lagen die Verhältnisse im Passagiergeschäft. Zwar hatte der Stillstand des Geschäftslebens in den Vereinigten Staaten, der zahlreiche Arbeitskräfte drüben beschäftigungslos machte, eine starke Rückwanderung nach Europa zur Folge, die anfangs heftig einsetzte, aber im Laufe des Frühjahr's bald abflaute. Die Beförderung dieser Rückwanderer vermochte aber die Aheberien nicht zu entschädigen für den starken Ausfall, welchen der Auswandererverkehr aufzuweisen hatte. . . . Auch das Kajütspassagegeschäft hatte eine empfindliche Einbuße zu verzeichnen. . . . Nicht minder lastete die Ungunst der Verhältnisse auf den in freier Fahrt beschäftigten Dampfern. Ueberall wo Nachfrage nach Schiffsräumen zu erwarten war, häufte sich das Angebot so übermäßig, daß sich der Frachtenmarkt nirgend zu erholen vermochte.“

Wie gewöhnlich in kritischen Zeiten, so brach auch diesmal ein Teil der ungenügend beschäftigten Trampdampfer mit um so größerer Wucht in dasjenige Gebiet ein, das sich sonst die Seeschifffahrt noch immer zu halten und mitunter sogar neuzuschaffen gewohnt hat: „Viele Segler mühten vom pazifischen Nordamerika in Ballast oder mit niedrigen Holzfrachten versegeln, da ein großer Teil des Getreides mit Dampfern, und zwar zu niedrigeren Frachttarifen als den von der internationalen Segler-Union festgelegten, zur Verschiffung gelangte. Auch der Salpetermarkt lag mit Ausnahme weniger Monate sehr darnieder. Etwas günstiger gestalteten sich die Verhältnisse auf dem australischen Frachtenmarkt, doch macht sich auch dort der Wettbewerb der Trampdampfer recht fühlbar. In Großbritannien schritt eine große Anzahl Aheberien dazu, ihre Segelschiffe abzustoßen, und zwar zu sehr niedrigen Preisen. Die Aussichten für die nächste Zukunft sind nicht ermutigend.“

Den tollsten Umschlag erlebte 1908 der transatlantische Passagiertransport. Seit vielen Jahren überwo zum ersten Male der ostwärts von Amerika nach Europa gerichtete Menschenstrom die umgekehrte Bewegung, die wir früher allein als Auswanderung anzusehen gewohnt waren. 859 481 Passagiere verließen die Westküste Nordamerikas, nur 670 680 Personen kamen von Europa nach Amerika. Der große Exzess (Auszug) der ausländischen Arbeitermassen, der gegen Ende 1907, ein paar Monate nach dem Oktoberzusammenbruch der amerikanischen Werten und Wanken begann, kennzeichnet also noch ganz überwiegend das Jahr 1908, obwohl gegen den Jahresluß hin eine allmähliche Veruhigung eintrat und sogar eine Wandlung zum dauernden Wiederüberwiegen der Einwanderung sich vorbereitete. Das Verlustkonto des Jahres 1908, mit nicht weniger wie 188 801 Personen, wird für Amerika wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus beispiellos bleiben.

Für den deutschen Waren-Außenhandel liegen die abschließenden Jahresziffern noch nicht vor, wenigstens nicht soweit, um die den Seeweg und damit die Seeschifffahrt benutzenden Warenausfuhr und Einfuhren aussondern zu können. Im britischen Inselreiche dagegen ist aller Import und Export auf die Meeresstraße und Schiffstransport angewiesen; wir gewinnen hier also ein greifbares Bild der Transporteinschränkung für die Kaufkraftlose. Dem Werte nach betragen im Jahre 1908 die britischen Einfuhren 593,14 Mill. Pf. Sterling, oder 52,67 Mill. Pf. Sterl., gleich 8,2 pCt., weniger wie 1907 — die Ausfuhr 377,22 Mill. Pf. Sterl., oder 48,82 Mill. Pf. Sterl., gleich 11,5 pCt., weniger wie im Vorjahre — endlich die Wiederausfuhr des englischen Vermittelungshandels 79,67 Mill. Pf. Sterl., oder 12,28 Mill. Pf. Sterl., gleich 13,4 pCt., weniger wie 1907. Die im Außenhandel eingetriebenen Warenmassen sind allerdings bei weitem nicht derart zusammengeschrunpft wie, infolge der sinkenden Preise, die berechneten Warenwerte. Trotzdem muß der Einbruch auf die Schifffahrt, schon von diesem einen Zentrallande aus, ein ganz gewaltiger gewesen sein.

Es ist daher verständlich, daß selbst da, wo den Ahebern vorübergehend bessere Chancen zu winken schienen, eine wilde Ueberkonkurrenz sofort entstand und alle Gewinnansichten im Handumdrehen wieder herunterdrückte. Dies geschah beispielsweise, als die mageren Ernten in den meisten Ländern Europas eine außergewöhnlich große Kornzufuhr aus Argentinien erwarten ließen, dessen Ernte umgekehrt außerordentlich glänzend ausgefallen sein

sollte. Diese günstige Frachtkonjunktur brach vollkommen zusammen, weil der angebotene Frachtraum von vornherein den Bedarf weit überschritt. Eine internationale Vereinigung der Trampdampfer vereinbarte, um dem Sturz der Transportpreise Einhalt zu gebieten, Minimalfrachten für die Heimfahrt vom La Plata. Aber es war den Getreideexporteuren ein Leichtes, Außenseiter aufzutreiben, die jederzeit zu geringeren Preisen die Transporte übernahmen. Die Vereinbarung scheiterte somit.

Der Seeschiffahrt geht es in guten Zeiten ähnlich wie der Kohlenproduktion. Sie bildet eine Art einheitlichen Brennpunktes für die strahlenartig zusammenlaufenden Bedarfvermehrungen aus den verschiedensten Wirtschaftsgebieten. Jede internationale Wirtschaftsbelebung spiegelt sich mit in erster Linie in dem regeren ozeanischen Verkehr wieder, der die moderne Zeit mehr und mehr auszeichnet vor der Vergangenheit mit ihrem viel ausschließlicheren Land- und Binnentransport. Die Vermehrung des Schiffsraumes nimmt alsdann in der Hochkonjunkturperiode gewöhnlich einen jähen Aufschwung, der mitunter noch gefördert wird durch nationalpolitische Rivalitäten und durch künstliche Staatseingriffe, wie sie in anderen Erwerbszweigen meist viel mehr zurridretreten. Umgekehrt ist alsdann der Absturz in Aheberie und Schiffsbau zeitweilig heftiger als in den meisten anderen Anlagegebieten des Kapitals.

Berlin, 11. Januar 1909.

Max Schippe l.

Korrespondenzen.

Gießen. In der am 10. Januar stattgefundenen öffentlichen Versammlung hielt Kollege Raab-Frankfurt a. M. einen zweistündigen Vortrag über die Vorteile eines Tarifvertrages für die Gießener Kollegenschaft. Redner verstand es in vorzüglicher Weise den Anwesenden vor Augen zu führen, wie verbesserungsbedürftig ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind und daß hier nur eine starke Organisation Vorteile auf tariflichem Wege schaffen kann. Es ist daher notwendig, daß jeder einzelne seine Kraft in den Dienst unserer Sache stelle und nicht eher in der Agitation erlahme, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin sich in unseren Reihen befindet. Der reiche Beifall, den der Referent für seine Ausführungen erntete, bewies, daß dieselben auf guten Boden gefallen sind. In der Diskussion wurde festgestellt, daß jetzt in Gießen circa 50 Prozent der Kollegenschaft organisiert ist. Wie notwendig tarifliche Abmachungen sind, geht daraus hervor, daß Kollegen, die bereits 25 und 30 Jahre in demselben Geschäft tätig sind, noch mit 18—20 Mark entlohnt werden. Es liegt nun an der Kollegenschaft selbst, durch eifrigste Agitationsarbeit dafür zu sorgen, daß auch in Gießen geündere Verhältnisse plakatieren. Bei der darauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege Schuchardt als Vorsitzender und Kollege Leibert als Kassierer einstimmig wiedergewählt, und Kollege Schneider als Schriftführer neugewählt. Sch.

Magdeburg. Die Versammlung vom 10. Januar war schwach besucht und wurde vom 1. Vorsitzenden Kollegen Töpel eröffnet. Die Tagesordnung war folgende: 1. Mitteilungen, 2. Kassenbericht vom 4. Quartal 1908, 3. Beschlußendes. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und angenommen wurde, fiel die hierauf erfolgte Wahl zum 1. Schriftführer infolge der sofortigen Amtsniederlegung des Kollegen Götstein auf den Kollegen Lochmann. Unter Mitteilungen wies der Vorsitzende auf das am 23. Januar stattfindende 25. Stiftungsfest der Buchbinder hin, wozu er Programme zum Verkauf erhalten habe. Des ferneren nahm die Versammlung Kenntnis von dem am 17. Januar vom Jugendbildungs-Ausschuß veranstalteten Versammlung, in welcher der Schriftsteller Simon Rakenstein-Charlottenburg referierte, und dem von Kollegin Thiede-Berlin gelandten Protokoll der in Berlin abgehaltenen Konferenz mit den Prinzipalen, welches der anwesende Kollege Lohahl-Berlin in seinen sämtlichen Punkten und Beschlüssen in ausführlichster Weise beendete. Hierauf entrollte Kollege Töpel unsere demnächst vorzunehmende Arbeit und soll als Einleitung derselben eine Statistik über Lohn- und Arbeitsbedingungen erhoben werden und erwartet er, daß sämtliche Kollegen und Kolleginnen ihn bei dieser Tätigkeit unterstützen. Des ferneren gedankt er auch hier zur halbigten Einführung eines Tarifgerichts der geeigneten Schritte in die Wege zu leiten, um dadurch von den Prinzipalen mehr Einhaltung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fordern, denn dieses sei das geeignetste Mittel, Mißstände, wie sie leider noch in einigen

Betrieben bestehen, aus der Welt zu schaffen. Sodann gab Kollege Otto den Kassenbericht vom 4. Quartal 1908, er erläuterte die Einnahmen und Ausgaben in genauer Weise und wurde ihm auf Antrag der Kollegin Bietzen einstimmig Decharge erteilt. Kollege Wobahl erluchte hierauf die Anwesenden, infolge der jetzt zurückgegangenen Mitgliederzahl doch kräftig und unablässig zu agitieren, damit auch die hiesige Zahlstelle mit auf die Höhe gelangt, um als maßgebende Körperschaft den Prinzipalen gegenüber zu stehen. Unter Punkt 3, Verschiedenes, wurde als Revisor an Stelle des Kollegen Töpel der Kollege Schmelzer gewählt, während unser Arbeitsnachweis bis zum April von dem Kollegen Göttsch weiter verwaltet wird. Ferner wurde beschlossen, unsere Versammlungen an jedem zweiten Sonntag im Monat stattfinden zu lassen und daß die Bekanntmachungen derselben je zweimal im Vereinskalender der „Volksstimme“ und im Versammlungskalender der „Solidarität“ zu erfolgen haben. Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten interner Natur erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Zahlstelle Bittau hielt am Mittwoch eine Agitationsversammlung ab, in der die Verbandsvorsitzende, Frau Thiede, über: „Wie schaffen wir uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ sprach. Frau Thiede schilderte in ihrem ausführlichen Referat die Entstehung und Entwicklung des Verbandes, der sich aus einigen kleinen Sozialorganisationen, die in ihren Anfängen 1200 Mitglieder zählten, zu einem Machtfaktor im Gewerbe entwickelt hat. Auf die Unterstützungsjahre eingehend, zeigte sie, wie die Organisation den in Buchdruckereien beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen wirtschaftliche Vorteile und bessere sanitäre und hygienische Einrichtungen gebracht hat. Auch die tariflichen Abmachungen sind das Produkt der Organisationsstärke. Das Solidaritätsgefühl, die Zusammengehörigkeit — alle für einen, einer für alle — soll auch für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen maßgebend sein. Es gibt Ortschaften, die bis zu 80 pCt. organisierte Buchdruckereihilfsarbeiter haben. Dort ist es auch möglich, geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzuführen. Auch in Bittau ist es notwendig, daß sich die noch junge Zahlstelle so verstärkt, um ein einheitliches Lohnsystem und geregelte Verhältnisse zu schaffen, und zwar nicht bloß in den Buch-, sondern auch in den Steindruckereien. Es ist zu wünschen, daß auch die Zahlstelle Bittau ein kräftiger Zweig an dem jetzt 15 000 Mitglieder zählenden Stamme wird, daß auch hier energisch eingegriffen wird, um in der kommenden Zeit mit guten Erfolgen rechnen zu können. — Nach kurzer Diskussion verbreitete sich die Referentin auch über die Ueberstundenbezahlung, Sonn- und Feiertagszuschläge, Broncierarbeitbezahlung, Bezahlung für Rechts- und Linksanlegen usw. — Nachdem der Versammlungsleiter nochmals zum Beitritt aufgefordert und mitgeteilt hatte, daß die Beitrittsmeldungen beim Kollegen Köhler, Löpferberg 8, abgegeben werden können, wurde die Versammlung geschlossen.

Versammlungskalender.

Bremen. Quartalsversammlung am 24. Januar 1909 um 4 Uhr nachmittags im lokale des Herrn Dierks, Brautstr. 16. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Bericht der Arbeitsnachweiserin. 3. Jahresbericht. 4. Vorstandswahl. 5. Verschiedenes.

Darmstadt. Ordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 7. Februar 1909 um 2½ Uhr nachmittags im Gewerkschaftshause, Kolleg 1 und 2. Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. Anträge müssen bis zum 3. Februar an den Vorsitzenden schriftlich eingereicht sein.

Dresden. Generalversammlung am Dienstag, den 26. Januar 1909 um 7½ Uhr abends in Adams Restaurant, Paulbachstr. 16. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Anträge. 4. Verbandsangelegenheiten.

Trier. Öffentliche Versammlung am 25. Januar um 7½ Uhr abends im „Goldenen Brunnen“, kleiner Saal prt. Tagesordnung: 1. Welche Vorteile bringt uns der Tarif und wie können wir denselben zur Einführung bringen. (Ref. Kollege Kalb-Frankfurt a. M.) 2. Das Verhalten der Trierer Hilfsarbeiter unserer Organisation gegenüber. (Referent Kollege Schmitt-Trier.) 3. Freie Diskussion.

Literatur.

Kenilworth. Dieser spannende Roman des großen schottischen Erzählers Walter Scott beginnt in der uns soeben zugegangenen Nummer 1 der Romanbibliothek „In Freien Stunden“. Ferner enthält diese Nummer noch den Anfang der Erzählung aus der russischen Revolution: „Kummerjahre“, von Frau S. M. Sawinkowa. Eine Skizze „Räuber“, sowie die Rubriken „Dies und Jenes“ und „Witz und Scherz“ vervollständigen den überaus reichhaltigen Inhalt.

Preis pro Heft nur 10 Pf. Jede Woche erscheint ein Heft. Da mit Nr. 1 ein neuer Band be-

gonnen hat, ist jetzt der geeignetste Termin zum abonnieren. Probenummern unentgeltlich vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Anzeigen

Am Mittwoch, den 18. Januar, verstarb nach zweijährigem Siechtum unser Verbandskollege
Hermann Canik
 im Alter von 29 Jahren.
 Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm
 die **Mitgliedschaft Leipzig.**

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands
 □ Ortsverwaltung Berlin □

Einladung zum ersten Deutschen Bundes-Schießen

verbunden mit

Schützenfest zur Feier der Verschmelzung der drei Berliner Zahlstellen
Sonntag, den 24. Januar 1909
 in sämtlichen Räumen der Zentralfesthalle und der Zentraltheater-
 Festhalle, Alte Jakobstraße 30 u. 32

Von 4 Uhr nachmittags ab Tanz in beiden großen Sälen

Für Belustigungen aller Art wie: Rutschbahnen — Karoussel — Schießstände — Photographie- und Würfelbuden; Athleten-, Wahrlagebuden usw. ist bestens gesorgt. Fräulein Eulalia, die Dame ohne Unterleib, hat ihre Mitwirkung freundlichst zugelegt. Der Tunnel ist zur Vogelweide mit Pariser Tanzplatz umgewandelt. **Gr. Preis-Schießen**, an dem Damen und Herren teilnehmen können. Die Preise sind besonders wertvoll. **Um 8 Uhr:** Kinderpolonaille mit Bonbonregen

Um 10 Uhr: Aufzug der Schützen mit Feltmarisch

Die Tyroler Sängergesellschaft «Cäcira-Dilos» wird
 .. an der Aufheiterung der Festgäste mitwirken ..

Anfang 4 Uhr — Eröffnung 3 Uhr — Eintritt 30 Pf.
 Tanz: Damen 20 Pfg., Herren 30 Pfg.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
Zahlstelle Leipzig

Sonnabend, den 20. Februar 1909
 in sämtlichen Räumen des „Pantheon“, Dresdenerstraße 20

11. Stiftungs-Fest

bestehend in

Instrumental- und Gesangs-Konzert ♥ **Großer Festball**

Zwei Musik-Chöre

Programme im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. sind bei sämtlichen Vertrauensleuten und im Bureau zu haben

Um recht zahlreichen Besuch aller Freunde und Söhne ladet freundlichst ein
 Das Festkomitee.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 4.

Berlin, den 23. Januar 1909.

15. Jahrgang.

Aus Gera.

Seit Bestehen der Zahlstelle Gera ist der Raum unserer Zeitung durch Berichte von dieser noch nicht in Anspruch genommen worden. Warum nicht? Nun weil der Raum der Fachzeitung eben nützlicher verwendet werden kann, als durch die einfachen Zahlstellenversammlungsberichte, die doch für die Allgemeinheit wenig von Interesse sind. Nehmen wir heute unser Organ einmal in Anspruch, so deshalb, um der Kollegenchaft zu zeigen, die in ihrer Agitation leichteres Spiel haben, wie schwer es in einer kleinen Druckstadt ist, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Buch- und Steinbrudergewerbe der Organisation zuzuführen. Am Gründungstage der Zahlstelle Gera, am 16. August 1907, an welchem Kollege Schulze Leipzig das Referat übernommen hatte, erklärten sich 18 Kollegen und Kolleginnen bereit, der Organisation beizutreten. Der Grundstein war gelegt. Die mitanwesenden gelehrten Kollegen (Buch- und Steinbrucker) gaben in der lebhaften Diskussion ihrer Freude Ausdruck, daß nun auch die Hilfsarbeiterchaft im graphischen Gewerbe sich zusammenschließen hätte, auch würden sie uns ferner in unserer Agitation tatkräftig unterstützen. Die erste Mitgliederversammlung, welche kurz darauf stattfand, brachte uns aber von den 18 Eingetragenen nur 12 wieder, dagegen hatte ein Gehilfenkollege in seiner Arbeitsstätte fast die ganzen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auf die Beine gebracht und uns zugeführt. Die Agitation, die nun von uns einsetzte, indem wir zuerst den Vertrauensmännern der Gehilfenschaft Zirkulare und Aufnahmescheine zum Umlauf unter den Hilfsarbeitern zuschickten, hatte leider keinen Erfolg. Es kommen hier zirka 110 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in 20 Druckereien in Frage. Davon beschäftigt der größte Teil nur 1—2 Mädchen. In nur 3 Druckereien werden über 15 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die darauf vorgenommene Statistik über Lohnverhältnisse ergab — die Zettel waren allerdings sehr mangelhaft eingegangen — kein allzu rosiges Bild. Junge Mädchen, niedrige Löhne, steter Wechsel der Arbeitsstätte. Das ist in den hiesigen Druckereien gang und gäbe. Druckereibesprechungen wurden dadurch illusorisch gemacht, daß im Voraus erklärt wurde, man käme nicht, man ginge da lieber zum Vergnügen. Durch wiederholte Zirkulareinladungen zu Versammlungen, welche regelmäßig stattfanden, durch Artikel in der Parteipresse, worin die Eltern der jungen Leute auf die Profigier der Druckereibesitzer aufmerksam gemacht wurden, besaglichen aber auch auf die Leistungen des Verbandes hingewiesen, stiegen wir auf über 40 Mitglieder. Die Fluktuation setzte aber wieder ein. Durch die notwendig bedingte Frauenarbeit, die hier in der Textilindustrie vorherrschend ist, fragen die Mädchen und Frauen nicht danach, ob sie heute in einer Druckerei und morgen in einer Weberei arbeiten, denn sie werden überall gleich ausgebeutet und gleich schlecht bezahlt. Und somit gehen sie auch für uns wieder verloren. Das Flugblatt vom Hauptvorstand wurde prompt vor jeder Druckerei verteilt. Doch wenn alles nichts hilft, so greift man zum letzten Mittel. Anlässlich unseres einjährigen Bestehens hatten wir ein Längchen arrangiert, wozu sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen per Karte eingeladen wurden. Jedoch auch dieses Mittel brachte nicht den gewünschten Erfolg. Die letzte Statistikaufnahme, die in den Druckereien, wo wir noch keinen festen Fuß gefaßt haben, wiederum durch die Vertrauensmänner der Gehilfen vorgenommen werden mußten, wobei allerdings fast die Hälfte nochmals erinnert werden mußte, die Zettel wieder abzugeben, brachten einige Aufnahmen, die aber durch die Anstürme wieder weggemacht wurden. Mädchen, welche da glauben, etwas Besseres zu sein, weil sie gepupft

„ins Geschäft“ gehen, meinen, sie bräuchten keinen Verband, sie würden bald heiraten und heirateten auch keinen — Arbeiter. Die im Dezember stattgefundenen Generalversammlung, welche im Verbandsorgan veröffentlicht war, außerdem durch den Beitragsammler nochmals eingeladen wurde, mußte sich mit 8 Anwesenden begnügen. Auch mußten in früheren Versammlungen Vorträge, die mit auf der Tagesordnung standen, verbatet werden. Daß ein derartiges Verhalten der Mitglieder nicht zum Nutzen ihrer Organisation ist, daß ferner diese Saumseligkeit für die Verwaltung, die zum Teil noch außerhalb von Gera wohnt, keinen Ansporn bringt, gegebenenfalls für die Mitglieder etwas zu erobern, dürfte wohl einleuchtend sein. Aber auch für die Maschinenmeister wäre es nicht von geringem Vorteil, tüchtige Anlegerinnen zu besitzen. Denn sie sind es zuerst, die von den Chefs drangaliert werden. Es bliebe ihnen mancher Verrger dadurch erspart. Hoffentlich bringt das neue Jahr etwas Erfriehlicheres zustande, wenn die Mitglieder zur Stelle sind und die Gehilfenschaft in denjenigen Druckereien, wo wir noch keine Fühlung haben, uns tatkräftig unterstützen, damit wir auch hier mit den Unternehmern Abschlüsse erzielen, die für alle Teile nur zum Nutzen sind. Deshalb vorwärts!
F. Werner.

Ein sozialistisches Gesetzbuch.

a. r. Der Sozialismus ist vorwiegend gekennzeichnet als wirtschaftliches System: eine Organisation der Volkswirtschaft, die durch planmäßige Regelung von Produktion und Verteilung möglichste Produktivität, durch die Regelung des Arbeitsprozesses und die Verteilung der Produkte vollkommene Gemeinnützigkeit erstrebt. Aber wie jedes andere, ja mehr als ein auf freiem Verkehr und Privat Spekulation beruhendes Wirtschaftssystem, wird eine sozialistische Gesellschaftsordnung eine bestimmte rechtliche Regelung erfordern und die Grundlinien ihrer Organisation in Gesetzen ausdrücken. Wenn heute bereits versucht wird, solche gesetzliche Fassung künftiger sozialistischer Wirtschaftsorganisation zu liefern, so kann es sich dabei natürlich nicht um Vorschriften handeln, die den Menschen der Zukunft gemacht werden, sondern nur um die Formulierung der wesentlichen Grundlinien einer sozialistischen Gesellschaft, die als Richtlinien der sozialistischen Bewegung unserer Zeit bereits heute zu übersehen sind. Anton Menger, ein hervorragender Jurist und aufrichtiger Freund der Arbeiterklasse und des Sozialismus, hat das in seiner „Neuen Rechtslehre“, die von utopistischen Elementen stark durchsetzt ist, mit wenig Glück versucht. Besser ist es dem Franzosen Deslignières gelungen, aus dessen sozialistischem Gesetzbuch die Dokumente des Fortschritts einige wesentliche Bestandteile wiederzugeben.

Danach stehen alle Produktionsmittel, mit wenigen Ausnahmen, im unveräußerlichen Eigentum der Nation. Unangetastet bleibt für die beiden ersten Generationen der Besitz des nur mit seiner Familie arbeitenden Kleinbauern. Nach dem Tode der Kinder fällt auch dieser an die Gesamtheit. Auch die Fischer erhalten ein Vorrecht auf ihre Barken.

Eine formelle Enteignung findet nicht statt: durch das Gesetz gehen die Eigentumsrechte unmittelbar an die Nation über. Den Eigentümern wird eine Entschädigung bezahlt, bestehend in einer bis zum Tode ihrer Kinder zahlbaren dreiprozentigen Rente vom Werte ihres Besitztums (abzüglich der Schulden). Die Entschädigung erfolgt durch eine Kommission, gegen deren Spruch an eine höhere Instanz Berufung eingelegt werden kann.

Danach werden allerorts Gewerbekommissionen gebildet, die ein Verzeichnis sämtlicher Fabriken und Werkstätten ihres Bezirkes aufzunehmen und

über deren Weiterbenutzung zu beschließen haben. Wegen Errichtung neuer Betriebe haben sie einer höheren Instanz Vorschläge zu machen.

Für Zeitungsverlag, Werke der Literatur und Kunst bleibt der freie Verkehr bestehen. Im übrigen liegen Erzeugung und Absatz der Verbrauchsgegenstände in den Händen der Gesellschaft. Es besteht allgemeines Recht auf Arbeit, und Arbeit ist die Voraussetzung des Unterhalts. Den Arbeitenden steht der volle Arbeitsvertrag, nach Abzug des für öffentliche Zwecke Erforderlichen, zu. Die Entlohnung ist, der Leistung entsprechend, verschieden, fällt jedoch nie unter ein bestimmtes Existenzminimum.

Die Arbeitenden sind in Klassen eingeteilt, die verschieden entlohnt werden. Ein Aufsteigen erfolgt nach Alter und Leistung. Werkmeister erhalten einen um $\frac{1}{4}$ höheren Lohn als die erste Arbeiterklasse, der sie entnommen werden. Der Gehalt der Ingenieure und Direktoren wird jeweils durch Gesetz bestimmt. Schriftsteller, Künstler und Verleger sind auf den Ertrag des Absatzes ihrer Erzeugnisse angewiesen.

Die Erzeugnisse der öffentlichen Betriebe werden zum Kostenbetrag abgegeben; für Luxusartikel und solche Gegenstände, deren Verbrauch eingeschränkt werden soll (alkoholische Getränke usw.) werden Zuschläge festgesetzt. Das Geld bleibt bestehen.

Der allgemeine Produktionsplan wird alljährlich vom Parlament bestimmt. Er regelt Art und Menge der zu erzeugenden Güter; Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Industriezweige; Arbeitszeit; Löhne; Alters- und Invalidenpensionen; Preise der Güter und Mietpreise der Häuser.

Von der Arbeitspflicht sind befreit, mit vollem Unterhaltungsanspruch: Augenblicke bis zur Beendigung ihrer Ausbildung; die Personen mit Anspruch auf Alterspension; die verheirateten Frauen sowie die geschiedenen und verwitweten, die ihre Kinder erziehen, ferner die unehelichen Mütter von Beginn der Schwangerschaft an; schließlich die Kranken und Invaliden. —

Es ist selbstverständlich, daß jeder Versuch dieser Art mancherlei Willkürlichkeiten einschließt. Positives Recht kommt nie ganz ohne willkürliche Festsetzungen zustande: man denke an die Höhe der Renten in der Arbeiterversicherung; die Dauer der Fristen im Prozeß; die Altersgrenzen verschiedenster Art usw. Hier kann es nur darauf ankommen, ob die Vorschläge im Zusammenhang durchdacht und durchführbar sind. Und das wird dem Deliquierschen System, das recht „zähm“ gehalten ist und offenbar nur die ersten Stufen einer sozialistischen Gesellschaft darstellen will, im ganzen nicht abgesprochen werden können. Es ist klar, daß die Regelung von Produktion und Verteilung der Güter eine Menge sehr ins Einzelne gehender Maßregeln erfordern muß, die vorher kaum angedeutet, geschweige denn in bestimmter Form dargestellt werden können. Auch ein Parlament dürfte zu einer derartigen eingehenden Regelung nicht imstande sein. Da werden berufliche und örtliche Körperschaften ergänzend eintreten müssen. Ueberhaupt erscheint, dem französischen Staatswesen entsprechend, die ganze Gliederung etwas stark bürokratisch zentralisiert. Für selbständige Wirtschaft der Gemeinden, von Genossenschaftswesen mit Selbstverwaltung und dergleichen scheint, abgesehen von den angegebenen Ausnahmen für bestimmte Erwerbszweige, kein Raum zu sein. Auch hinsichtlich der Stellung der Frau, die bei D. als Hausfrau und Mutter von der Erwerbsarbeit völlig getrennt sein soll; in der Frage, ob solche Wirtschaftsgemeinschaften auf rein nationaler Grundlage errichtet werden können, wie D. will; in der Regelung der Vergütung und in vielem anderen mehr wird und muß Meinungsverschiedenheit bestehen.

Immerhin ist es eine wertvolle Vorarbeit für künftige, umfassende und planvolle Neubildung, daß hier ein Versuch durchgeführt ist, über die politischen Erörterungen hinaus durch die strenge Darstellung der Gesetzesform ein klareres Bild sozialistischer Gesellschaftsorganisation zu geben. Natürlich kann das nicht ganz ohne Utopismus abgehen, und man kann mit Sicherheit sagen, daß sehr vieles ganz anders kommen wird, als D. es vorzeichnet. Aber noch jede neue Aera, auf politischem und ethischem wie auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet, hat sich durch derartige Zukunftsbilder angekündigt und durch die mit ihrer Schaffung und Erörterung verbundene geistige Schulung ihre Verwirklichung vorbereitet. Für den Sozialismus, der mehr als ein anderes soziales System ein planmäßiges Eingreifen der Gesellschaft in die Vorgänge ihres eigenen Lebens erfordert, ist derartige vorbereitende Geistes-tätigkeit von besonderer Wichtigkeit.

Korrespondenzen.

Altenburg. Die am 10. Januar schlecht besuchte Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden um 5 Uhr eröffnet. Als Gast war Gauleiter Koll. Schulze anwesend. Nach Begrüßung des selben und der Eröffnungsrede wurde die Tagesordnung und das Protokoll der letzten Versammlung vom 4. Quartal wurde debattelos angenommen. Aus dem Geschäftsbericht für 1908 ist zu entnehmen, daß 25 Kollegen und Kolleginnen ein- und 18 ausgetreten sind. Uebergetreten sind 2 männliche, abgetreten 2 männliche und 4 weibliche, ausgetreten wurden 2 männliche Mitglieder, von denen einer wieder aufgenommen worden ist. Die Geschäfte wurden erledigt in 1 Generalversammlung, 6 Versammlungen, 4 Drucker- und 6 Vorstandssitzungen und 6 Kommissions-sitzungen. An Festlichkeiten wurde nur das Stif-tungsfest gefeiert und fand ein Ausflug nach Crim-mitschau zum Besuch der dortigen Kollegenschaft statt. An Referenten waren im Laufe des Jahres Kollegin Liesbeth König-Beipzig zweimal, Kollege Krehmar-Beipzig, Verbandsvorsitzende Frau Thiede und Kollege Schulze-Beipzig in seiner Eigenschaft als Gauleiter fünfmal anwesend. Mit Hilfe unserer Gauleiter wurde auch für die Kol-legenschaft manches gebessert; und zwar zunächst in der Hofbruderei, wo die Lohnverhältnisse am mißlichsten lagen. Das Resultat war eine allge-meine Lohnhöhung von 1 Mk. und 25 Prozent Ueberstundenzuschlag. Der Vorsitzende schloß damit, daß er betonte, der Gauleiter und die Ver-waltung haben tüchtig gearbeitet und ihre Pflicht getan und wünschte, daß die Kollegenschaft ihnen das durch festes Zusammenhalten, Agitation und fleißigen Versammlungsbesuch danken möchten. Aus demassenbericht 1908 ist zu entnehmen, daß eingenommen wurde an Eintrittsgeld 6,45 Mk., an Beiträgen 502,45 Mk., Lokalkasse 40,40 Mk., Sonstiges 10,50 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt 258,10 Mk. Für Arbeitslose wurden an 2 männliche und 1 weibliche Mitglied bei 30 Arbeitslosentagen 23 Mk. und für Kran-kenunterstützung an 7 männliche und 7 weibliche Mitglieder bei 234 Krankheitsstagen 94,10 Mk. ausgezahlt. Ferner wurde ausgegeben aus der Lokalkasse für durchreisende Kollegen 3,50 Mk., Sitzungsgeld für Kartellsitzungen 5,50 Mk., Bei-träge für Kartell- und Bildungsaus-schüß 24,13 Mk., Verwaltungskosten persönliche und säch-liche 75,86 Mk. und für zwei Kolleginnen nach Halle 8 Mk. Geschäfts- und Kassenbericht wurden nun zur Debatte gestellt und nahm hierzu Kollege Schulze das Wort. Er bebauert zunächst den schlechten Besuch, denn es ist doch Pflicht einer jeden Kollegin und eines jeden Kollegen, die Ge-neralversammlung zu besuchen. Es muß ein jedes Mitglied soviel Interesse haben um zu wissen, was die Verwaltung gearbeitet hat und was durch den Verband im Laufe des Jahres geschaffen worden ist. Der Redner ging nun auf die ausgezählten Unterstützungen ein und fand, daß verhältnis-mäßig die Kasse ganz schön in Anspruch genommen worden ist und führte die Anwesenden näher auf Rechte und Pflichten der Mitglieder im Verbands ein. Allgemein wurden die Berichte sympathisch entgegen genommen und der Kassierer einstim-mig Decharge erteilt. Beim Verlesen der Prä-senzliste ergab sich, daß von 52 Mitgliedern 9 männliche und 18 weibliche durch Abwesenheit glänzten. In die Verwaltung wurde Kollege Griffel als Vorsitzender, Kollegin Wöckel als Kassiererin und Kollege Schmidt als erster Revisor wieder ge-wählt. Kollege Heinicke wurde als Schriftführer und Kollegin Bräutigam als zweite Revisorin neu

gewählt. Als Kartellbelegierter bleibt Kollege Griffel. An Stelle des Kollegen Baber, der sein Amt als Druckerassistent niederlegt, konnte keine Wahl vorgenommen werden und findet des-halb am 16. Januar im Vorstern eine Drucker-versammlung statt. Das Stif-tungsfest findet am 14. März statt und ist beschloffen worden, daß jedes Mitglied ein Pflichtprogramm nehmen muß. An benachbarte Bahnhöfe sollen Einladungen ergehen. Anträge lagen nicht vor. Der Vor-sitzende zog seinen Antrag betr. Strafen wegen Fehlen in der Generalversammlung auf Anraten des Kollegen Schulze zurück. Betr. Entschädigung des Kassierers stellte Kollege E. Hoher den An-trag, dem Vorsitzenden und der Kassiererin je 15 Mark Entschädigung zu bewilligen und den Ver-bandsvorstand zu ersuchen, dieses aus der Haupt-kasse zu bewilligen. Nachdem Kollege Schulze da-für gesprochen, wird der Antrag einstimmig an-genommen. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß eine Einladung zum Stif-tungsfest der Zahlstelle Grimnitzschau am 31. Januar eingegangen wäre, näheres würde noch durch Zirkular bekannt ge-macht und schloß die Versammlung um 3/8 Uhr. M. G.

Kaufbeuren. Am Sonntag, den 16. Januar, fand die Generalversammlung mit Neuwahl des Ausschusses, Vespörung über Falschingsunter-haltung und Verschiedenes statt. Mit dem Besuch konnten wir zufrieden sein. Nach der Verlesung des Protokolls gab Kollege Espermüller einen kurzen Rückblick über das verlossene Jahr, in wel-chem 11 ordentliche Versammlungen und 11 Aus-schüßsitzungen stattfanden und auch eine rege Kor-respondenz mit den Verwaltungen herrschte. Mit der Aufforderung, fest zusammen zu halten und treu Mitglied zu bleiben, schloß er mit einem Hoch auf die Zahlstelle Kaufbeuren. Bei der Neuwahl wurde der 1. Vorsitzende Burger und der 1. Kassierer Buchholtz wiedergewählt, ebenso die Unterassistenten. Neugewählt ist zum 1. Schrift-führer Kollege Siegenreiner und zum zweiten Kollege Diepolder. Als 2. Vorsitzende ist die Kol-legin Frau Mina Schalk gewonnen worden. Zu der Falschingsunterhaltung wurden noch einige Anträge und Vorschläge beschloffen, mit der näch-sten Monatsversammlung zugleich die Unterhal-tung anzuschließen und wurde gebeten, recht zahl-reich zu erscheinen. Nachdem gab der Kartellbe-legierte seinen Bericht, ebenso wurden die Neu-jahrskarten, welche eingelaufen, verlesen. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß zwei Mitglieder sich nach § 5 a b und c verhält haben und sich dann noch unkollegial benommen haben und laut Statut zum Ausschluß stehen. Nach längerem De-battieren wurde einstimmig beschloffen, daß der Kollege Mathäus Reßlau und die Kollegin Maria Waber als ausgeschlossen zu gelten haben. Nach einigen Ermahnungen zum festen und treuen Zu-sammenschluß aller Kollegen und Kolleginnen und geregelter Beitragsablieferung wurde vom Vor-sitzenden noch der Dank an die neugewählten Aus-schüßmitglieder und an die anderen Mitglieder für das gute Zusammenarbeiten und den Besuch der Versammlung ausgesprochen. Bei musikalischer Unter-haltung blieben die Anwesenden längere Zeit noch in bester Gemütslichkeit beisammen. Fr. E.

Rundschau.

Kann eine Firma beleidigt werden? Diese Frage wurde von der 9. Strafkammer des Königl. Landgerichts I in Berlin als Verurteilungsinstanz kürzlich verneint. „Der Textilarbeiter“ be-richtet über dieses für die Gewerkschaften und ihre Presse sehr lehrreiche Urteil folgendes:

In erster Instanz war ein Vorstandsmitglied des Textilarbeiter-Verbandes wegen Beleidigung eines Charlottenburger Fabrikanten zu 150 Mk. Geldstrafe und zur Publikation des Urteils im „Vorwärts“ verurteilt worden.

Das Verurteilungsgericht hatte nun in der Haupt-sache über zwei Fragen zu entscheiden: 1. ob, wenn man eine Firma wegen der bei ihr herrschenden Zustände öffentlich angreift, sich der, oder die In-haber der Firma persönlich beleidigt fühlen kön-nen und dazu berechtigt sind, Strafantrag zu stellen; 2. ob ein Gewerkschaftsbeamter in Wahr-nehmung berechtigter Interessen handelte, als er den Angriff gegen die Firma unternahm. Der Pri-vatkläger ist einer der drei Mitinhaber der Firma und alleiniger Leiter derselben. Er fühlte sich durch ein vom Beklagten geschriebenes Flugblatt, in dem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einem Teil jenes Betriebes kritisiert wurden, beleidigt. Den dort beschäftigten Arbeitern war vorher von der Fabrikleitung mitgeteilt worden, daß sie es

nicht wünscht, daß dieselben dem Verbands der deutschen Textilarbeiter beitreten. Auf jeden Fall sei es verboten, innerhalb der Fabrik für den Ver-band zu wirken. Ein Arbeiter, der in einer Ver-sammlung über drohende Verschlechterungen sprach und seine Kollegen aufforderte, dem Verbands beizutreten, wurde kurzgehandt entlassen. Um weiteren Entlassungen vorzubeugen und trotzdem für eine notwendige Bepropaganda zu machen, wurde der Angeklagte als Außenstehender von seinem Vorstand beauftragt, das infrimirierte Flugblatt zu schreiben.

Das Urteil untersucht nun die Frage, ob der Privatkläger zur Erhebung der Klage aktiv legiti-miert ist; es verneint diese Frage und begründet dies folgendermaßen: „Das Flugblatt richtet sich gegen die Firma. Eine Firma kann aber im Sinne der §§ 185, 186 des Strafgesetzbuches nicht beleidigt werden. Wenn durch die an eine Firma gerichteten Äußerungen der oder die Inhaber be-leidigt seien und zur Stellung eines Strafantrages oder zur Erhebung einer Privatklage aktiv legiti-miert erscheinen sollen, so ist es unbedingt erfor-derlich, daß ganz bestimmte, konkrete Tatsachen angeführt und vorgebracht werden, aus denen zu schließen ist, daß nur der Antragsteller gemeint ist und hat getroffen werden sollen. Solche Tat-sachen sind aber vom Privatkläger in keiner Weise dargelegt. Die Tatsache, daß er Leiter der Fabrik ist und daß er die sämtlichen Anordnungen, auch bezüglich der Lohnverhältnisse trifft, ist nicht ge-nügend, um daraus den Schluß zu ziehen, daß ge-rade er hat beleidigt werden sollen. Das Flug-blatt greift ganz allgemein die Arbeits- und Lohn-verhältnisse bei der Firma an, ohne daß irgendwie zu erkennen gegeben wird, daß an den angebliden Mißständen der Privatkläger die Schuld trägt und daß speziell ihm diese Vorwürfe gemacht werden sollen. Damit er aber aktiv legitimiert zur Erhebung der Klage erscheint, ist es notwendig, daß ganz bestimmte Tatsachen vorgebracht und er-wiesen werden, aus denen hervorgeht, daß die er-wähnten Vorgänge auf ihn gemünzt sein sollen.“

Das Urteil wendet sich dann der Begründung des dem Angeklagten ausbilligten Schutzes des § 193 Strafgesetzbuches (Wahrung berechtigter In-teressen) zu. Die Begründung, die für unsere Ge-werkschaftsfunktionäre von wichtiger, prinzipieller Bedeutung ist, namentlich auch von wichtiger Be-deutung ist, insofern sie dazu dient, nachzuweisen, daß der den Schutzes des § 193 Genießende nicht die Absicht der Beleidigung hatte, lautet: „Zu-nächst ist durch die Beweisaufnahme dargelegt, daß der Angeklagte sehr wohl des guten Glaubens sein konnte, daß die Behauptungen, die er in seinem Flugblatt aufgestellt hat, der Wahrheit entsprachen. Denn, bevor er das Flugblatt abgabte, ließ er sich von den dafelbst beschäftigten Arbeitern das Ma-terial geben und er hatte nicht die geringste Ver-anlassung, an der Richtigkeit dieser Mitteilungen zu zweifeln.“

Wenn dann später sich ihre Unrichtigkeit her-ausstellt, so geht ihm dadurch der Schutzes des § 193 cit nicht verloren, da es genügt, daß er von der Richtigkeit seiner Behauptungen bei ihrer Auf-stellung überzeugt war. Dieser Schutzes ist ihm nun auszubilligen, weil er durch das Flugblatt ihn nicht angehende Interessen wahrgenommen hat.“

An anderer Stelle der Urteilsbegründung heißt es: „Im wirtschaftlichen Kampf, um den es sich hier handelt, müssen scharfe Worte gewählt werden, um denjenigen, der für den Kampf gewon-nen werden soll, aufzurütteln und zu überzeugen.“

Aus diesen Gründen erfolgte die Frei-sprechung. „Es ist dies“, so bemerkt der „Textil-arbeiter“ mit Recht, „einmal ein Urteil, welches von einem verständigen sozialen Geist getragen wird; ein Urteil, wie wir ihnen leider heute in recht geringer Zahl begegnen. Das Urteil erfährt sehr richtig die Schwierigkeiten des wirtschaft-lichen Kampfes der Arbeiterklasse, wenn es die Notwendigkeit, scharfe Worte zu wählen, aner-kennt. Scharfe Worte sind immer noch keine Be-leidigungen. Aber das Unternehmertum, welches jede Kritik der Zustände in den Betrieben ver-hindern will, es laßt, nicht, weil es sich beleidigt fühlt, sondern weil es den seinen Ausbeutungsinter-essen zuwiderhandelnden Kritikern den Mund verbieten will, wegen jedem scharfen Wort zum Rabi, um seine angeblich rampantierte Ehre durch eine Verurteilung des Kritikers wieder zu repara-rieren.“

Schweiz. Bei der Wahl des Redakteurs für den „Graph. Hilfsarbeiter“, dem Organ unserer Schweizer Bruderorganisation, wurde in einer Ur-abstimmung der bisherige Redakteur Koll. Ernst Schafroth-Zürich, mit 511 gegen 26 Stimmen wiedergewählt.